



SCHWEIZERISCHE DELEGATION

Postscheckkonto DM-West: Berlin-West Nr. 306 00

Telegramm-Adresse: Schweizdelegat Berlin

SPRECHSTUNDEN 9.30-13 Uhr

AUSSER MITTWOCHS UND SONNABENDS

A/Ha

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen

Politische Mitteilung No.12.

p. A. 21.31. Berlin

N

Herr Minister,

Vor einer Woche begann an der Stalinallee die Demonstration, welche die gequälte Bevölkerung von Ostberlin und weiten Gebieten der Ostzone zu einem schweren Aufruhr gegen das verhasste Regime der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht mitriss. In ehrfurchtvoller Trauer verneigt sich heute Westberlin vor den Opfern der militärischen und polizeilichen Unterdrückung dieses Aufstandes.

Diese Stadt und mit ihr sicher die ganze Welt ist tief beeindruckt von den schicksalsschweren Ereignissen, die sich in so unerwarteter Weise in Ostdeutschland abgepielt haben, und beherrscht vom Gefühl, dass sie für den weitem Gang der Weltpolitik von grösster Bedeutung sein werden. Darüber allerdings, welches die Tragweite dieser Geschehnisse in der Auseinandersetzung in und um Deutschland wirklich ist, wagt hier noch kaum jemand, sich ein Urteil zu bilden.

Ich möchte mir immerhin zu diesem Thema einige Hinweise gestatten.

1. Über den Aufstand, namentlich ausserhalb von Berlin, fehlen noch weitgehend genaue Nachrichten. Auch aus östlichen Verlautbarungen ergibt sich aber, dass er so weitreichend war, dass man ruhig von einer allgemeinen Erhebung der Bevölkerung sprechen kann. Die Angehörigen der Volkspolizei und die SED-Leute verhielten sich in den kritischen Tagen zunächst sehr still, zum Teil machten sie sogar bei den Manifestationen mit.

Der Aufstand ging zunächst von Arbeitern aus, die einigen Grund hatten, besonders unzufrieden zu sein. Die Bevölkerung wurde aber in ganz unerwarteter Weise mitgerissen und die Begehren der Demonstranten, die zunächst nur an wirtschaftliche Postulate (Verzicht auf die Erhöhung

An die
Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements,

B e r n .

BERLIN NW 40, den 23. Juni 1953.
FORST-BISMARCK-STRASSE 4
TELEFON: 39 53 21

M. G. Brief des (H) ...
26. VI

2a

1.1.7.

H. ...
N. ...
2. VII

[Signature]

- 2 -

der Arbeitsnormen; Verbesserung der Versorgung) gedacht hatten, nahmen spontan politischen Charakter an (Änderung der Regierung, freie Wahlen).

2. Der Aufstand hätte die gegenwärtige SED-Regierung beseitigt, wenn die sowjetische Militärmacht nicht eingegriffen hätte.

Wie hier beobachtet werden konnte, zögerten die Besetzungstruppen zunächst, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Sie versuchten teilweise am Anfang, den Demonstranten gegenüber eine freundschaftliche Haltung einzunehmen; ihre Gesten wurden aber von den Demonstranten nicht beachtet oder mit Beschimpfungen erwidert. Auch als die russischen Truppen anfangen, von ihren Schusswaffen Gebrauch zu machen, bemühten sie sich offenbar, Menschenleben zu schonen.

Erst nachdem die Situation am Nachmittag des 17.d.M. kritischer geworden war und neue Verbände der kasernierten Volkspolizei eingesetzt wurden, wurde das Vorgehen (namentlich der letztern) rücksichtsloser und führte zu einer nicht unerheblichen Zahl von Opfern (Schätzung des Westberliner Roten Kreuzes 16 Tote und 200 Verletzte in Berlin).

Soweit bisher bekannt, scheint die Zahl der Opfer in einzelnen Industriestädten in der Zone verhältnismässig höher zu sein.

3. Nachdem die äussere Ruhe unter dem Ausnahmezustand wieder hergestellt war, wurden offenbar überall zahlreiche "Rädelsführer" verhaftet. Der Umfang dieser repräsentativen Massnahme lässt sich aber noch nicht überblicken.

Aus Ostberlin selbst wurde ein unter dem Ausnahmezustand sofort vollstrecktes Todesurteil gegen einen Westberliner Arbeitslosen gemeldet. Solche Hinrichtungen sollen aber in der Ostzone zahlreicher gewesen sein.

Trotz dieser Massnahmen scheinen vereinzelte Streiks fortgedauert zu haben.

4. Die "neue Politik" des Kremls, der in Deutschland durch die Schaffung einer entspannten Atmosphäre (Abbau des auf der Bevölkerung lastenden politischen und wirtschaftlichen Drucks) neue Aktionsmöglichkeiten gegen die westlichen Einigungs- und Verteidigungsbestrebungen zu gewinnen hoffte, hat einen schwerwiegenden Rückschlag erlitten, bevor sie überhaupt richtig in Gang gebracht werden konnte.

- 3 -

Die in Aussicht gestellten Erleichterungen haben nicht zu einer Entspannung sondern zu einem Aufstand und militärischen Gegenmassnahmen geführt, welche die Gegensätze zwischen West und Ost in spektakulärer Weise verschärft haben. Der Verkehr zwischen West- und Ostberlin ist noch beinahe vollständig unterbunden.

Die Verlautbarungen der SED lassen zwar erkennen, dass die "neue Politik" nicht aufgegeben werden soll. Alles, was die SED heute versprechen kann, erscheint aber neben der Tatsache des Ausnahmezustands, der in Ostberlin und vielfach auch in der Zone herrscht, unwirklich, so unwirklich, dass sich die Frage aufdrängt, ob diese "neue Politik", wenn sie eine kommunistische Herrschaft ohne Terror voraussetzt, überhaupt durchführbar sein wird.

Die Fähigkeit des Ostens, in voller Handlungsfreiheit mit überraschenden Schachzügen die ohnehin mit Hemmungen und Widersprüchen behaftete westliche Politik zu stören, scheint auf jeden Fall durch die Ereignisse in Ostdeutschland schwer beeinträchtigt.

5. Man konnte schon bisher kaum an der negativen Einstellung der Bevölkerung in Ostdeutschland dem dort herrschenden Regime gegenüber zweifeln. Diese Einstellung, der das Regime mit den bekannten östlichen Methoden jede Äusserung verunmöglicht hatte, ist aber plötzlich von einer schwankenden, sehr unbestimmten und langsam im Bewusstsein der Ostdeutschen zurückgedrängten Grösse zu einem politischen klaren Faktum geworden, das die Menschen in Ostdeutschland in ihrer Haltung bestätigt und bekräftigt und dem die ganze Welt Rechnung tragen muss.

6. Dieses Faktum ist umso bemerkenswerter, als es sich in einem Lande manifestiert hat, von dem aus vor einigen Jahren eine Herrschaft der Willkür und des Terrors die Welt bedrohte. Es ist sicher geeignet, das Misstrauen gegen die Deutschen überwinden zu helfen, das sich als so starke Hemmung der europäischen Integrationspläne erwiesen hat.

Die Anerkennung, die der Haltung der ostdeutschen Bevölkerung in der westlichen Welt gezollt wird, muss diese gleichzeitig im Willen bekräftigen, den Sowjets gegenüber keine Konzessionen auf Kosten dieser Bevölkerung zu machen.

- 4 -

Im Lichte der Ereignisse in Ostdeutschland erhalten auch die Aufstände, die aus den Satellitenländern (Pilsen, Ungarn) gemeldet worden sind, eine besondere Bedeutung, die eine Einigung, wie sie wohl vom Kreml angestrebt wird, nicht erleichtern dürfte.

7. Der Kreml muss sicher damit rechnen, dass die Aufstände in seinem Machtbereich als Zeichen einer gewissen innern Unsicherheit und Schwäche gedeutet und deshalb den Westen nicht geneigter stimmen werden, einen "faulen Kompromiss" zu machen.

8. Man hat hier davon gesprochen, dass Semjonow sowohl Nuschke wie auch Kastner (von dem man seit Jahr und Tag kaum mehr etwas gehört hatte) in der letzten Zeit wiederholt bei sich empfangen habe, angeblich in der Absicht, das Gesicht der DDR-Regierung durch eine Stärkung der nicht-kommunistischen Beteiligung etwas zu ändern. Auch bei diesen Sondierungen soll aber der Grundsatz der "Blockpolitik" (d.h. praktisch einer auf die kommunistische Politik ausgerichtete Einheit) nicht aufgegeben worden sein.

Etwas Konkretes ist aber darüber vorläufig nicht zu erfahren. In den Verlautbarungen der SED ist vielmehr von einer Änderung der Regierung auch nicht andeutungsweise die Rede (getrauen sich die Russen vielleicht vorläufig nicht, geplante Massnahmen durchzuführen, um nicht die Bevölkerung in ihrem Aufstand zu ermutigen? Ein weiterer Beweis der beeinträchtigten Handlungsfreiheit der Russen?)

Die Regierung der DDR gibt zwar nach wie vor zu, Fehler gemacht zu haben. Sie erklärt aber, daraus die nötigen Lehren gezogen zu haben.

Um ihr Gesicht zu wahren, behauptet sie weiterhin, wohl ohne das ernstlich zu glauben, für die Aufstände seien westliche Saboteure verantwortlich, welche "unter Ausnützung der Misstimmung von Teilen der Bevölkerung" (wie es im Kom-muniqué des ZK der SED vom 21.d.M. wörtlich heisst) gehandelt hätten.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION

[Handwritten signature]

NB.

Westliche Journalisten haben hier die Meinung geäußert, mit dem Aufstand in Ostdeutschland habe Adenauer die Wahlen gewonnen.